

GEW Mittelfranken || Am Kornmarkt 5-7 || 90402 Nürnberg

Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten e.V. – Nürnberg  
Wirthstr. 35  
90459 Nürnberg

Telefon 0911 289 204

Fax 0911 289 206

sozpaed@gew-bayern.de

19. April 2023

### Offener Brief der GEW an den Gesamtelternbeirat Kindertagesstätten Nürnberg e.V.

Sehr geehrter Herr Kriebel, sehr geehrter Herr Singer,

wir, die Bildungsgewerkschaft Deutschlands, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), haben Ihren offenen Brief an unsere Schwestergewerkschaft ver.di zur Kenntnis erhalten. Die Fachgruppe des Bezirks vertritt Beschäftigte aller sozialpädagogischen Berufe in Mittelfranken, also Erzieher\*innen, Kinderpfleger\*innen, den handwerklichen Erziehungsdienst, Sozialpädagog\*innen, Kindheitspädagog\*innen, Heilerziehungspfleger\*innen, etc.

Auch wenn Sie vorgeben, sich grundsätzlich mit den Mitarbeitenden in den Kitas zu solidarisieren, können wir das Ihrem Schreiben leider nicht entnehmen. Wir haben den Eindruck, dass Sie das Anliegen einer guten Bildung in der frühen Kindheit nur wenig unterstützen. Sie unterstützen zwar laut eigener Aussage „bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen“, halten den Streik aber nicht für das Mittel der Wahl. Stattdessen fordern Sie gemeinsame Gespräche zwischen Ihnen, der Stadt, der Politik und den Trägern – also ohne uns, die Beschäftigten. Wir sind aber entscheidend für die Qualität der Angebote und ohne zu selbstbewusst klingen zu wollen – wir sind die Profis. Würden Sie auf eine Streikkundgebung gehen, würden Sie feststellen, dass eines unserer zentralen Anliegen auch die Verbesserung der Qualität ist. Der Teufelskreis aus schlechter Qualität, dem frustrierten Verlassen des Berufsfeldes und dem Fachkräftemangel muss endlich durchbrochen werden! Das wird alles dauern und Ihnen, deren Kinder aktuell in den Einrichtungen betreut werden, wird nicht schnell geholfen werden können, ohne die Qualität noch weiter abzusenken und die Abwärtsspirale weiter anzufeuern. Das ist die bittere Wahrheit. Rechtsansprüche zu formulieren ist eine Sache, das Bildungssystem darauf vorzubereiten eine andere.

Wir denken daher, Sie ordnen die Dinge recht eigenwillig ein und geben zu bedenken:

1. Wir streiken, weil das ein Grundrecht ist und bislang kein besserer Weg gefunden wurde, die grundsätzlich unterschiedlichen Interessen zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten zu vermitteln. Verhandlungen ohne Streik wären „kollektives Betteln“, wie das ein Arbeitsrichter mal nannte. Wir handeln quasi in Notwehr und treffen leider auch die Falschen. Aber ohne Streiks würden wir nicht das bekommen, was wir verdient haben. Das gilt für alle abhängig Beschäftigten in Deutschland, vermutlich auch für einen Großteil der von Ihnen vertretenen Eltern. Ohne Gewerkschaften würden Sie weder Urlaubsgeld erhalten, noch ein Entgelt im Krankheitsfall. Das möchten wir Ihnen einmal vor Augen halten.

2. Uns ist bewusst, dass wir mit unseren Streiks nicht nur die Arbeitgeber treffen – die eher viel zu wenig – dafür eher Sie, die Eltern und Ihre Kinder! Deshalb erfahren Sie immer rechtzeitig von den Streiks und wir bieten in Absprache mit den Kommunen auch gerne Notbetreuungen an. Wir haben bis zum Scheitern der Verhandlungen Anfang April insgesamt drei Tage gestreikt. Und deswegen „verschärfen wir die Situation zusätzlich“ – ist das Ihr Ernst?
3. Seit der Pandemie ist klar, dass häufige und kurzfristige Einschränkungen im regulären Betreuungsangebot der Kitas für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herausfordernd sind. Kürzungen der Öffnungszeiten, teilweise oder vollständige Schließungen der Einrichtungen und Notbetreuung aufgrund von Personalmangel belasten Sie als Eltern in letzter Zeit in besonderem Maß. Daher sind viele Missstände, die Sie beschreiben korrekt, aber nicht auf unsere Streiks zurückzuführen! Vielmehr wird langsam sichtbar, was in den letzten Jahren von politischer Seite alles versäumt wurde. Es ist vermessen, uns die Schuld für das politische Versagen zuzuschreiben. Wir weisen das entschieden zurück!
4. Wir arbeiten zum Wohle Ihrer Kinder und wollen für diese und Sie das Beste. Das Beste heißt für uns aber nicht nur eine regelmäßige Betreuung – im Sinne von satt, sauber, sicher – sondern auch fachlich fundierte frühkindliche Bildung. Dafür erwarten wir eine Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen – das waren die Forderungen 2022. Wir wurden enttäuscht: Es gab keine verbindliche Vor- und Nachbereitungszeit (mittelbare pädagogische Arbeitszeit) im TVöD. Dieses Jahr geht es um unser Einkommen. Auch wir zahlen Miete und Strom und es ist nur berechtigt, einen Inflationsausgleich zu fordern – Sie bekommen ihn ja hoffentlich auch. Neben der mittelbaren pädagogischen Arbeitszeit fordern wir seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten eine verbindliche Leitungsfreistellung, eine verbindliche Fachkraft-Kind-Relation (statt eines wenig aussagekräftigen Mindestanstellungsschlüssels), verbindliche Fortbildungsangebote und Fachberatung. Die Finanzierung muss dem deutlich Rechnung tragen. Es gibt keine gute Bildung zum Nulltarif! Es geht um Milliarden, die einfach fehlen, damit Sie Beruf und Familie vereinbaren können und vor allem Ihre – nein eigentlich alle – Kinder sich gut entwickeln können.
5. Es wäre schön, der Gesamtelternbeirat würde nicht behaupten, dass höhere Tarifabschlüsse zu teureren Kitas führen, denn tatsächlich gibt es keinen direkten Zusammenhang. Kitas würden gar zu einem „Luxusgut“ schreiben Sie. Das ist populistisch und faktisch falsch. Die Elternbeiträge wurden seit Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG) deswegen an einigen Orten so drastisch erhöht, weil der Basiswert nicht kaufmännisch korrekt berechnet wird. Den Trägern fehlt einfach Geld und die Elternbeiträge sind oft die einzige Einnahmequelle. Den Basiswert müsste man nur kaufmännisch korrekt berechnen, dann müssten Elternbeiträge nicht erhöht werden. Wir kennen niemanden, der die Berechnung je gesehen hätte und uns erklären könnte, was da genau an Kosten angesetzt wird. Soviel zur Transparenz politischer Entscheidungen in Bayern. Es ist daher selbstverständlich – neben den Kommunen und dem Ministerium – der Gesetzgeber, der verantwortlich ist für Elternbeiträge und deren Höhe. Die Mittel für die Finanzierung der Kitas sind von Kommune zu Kommune mal mehr oder weniger ausreichend vorhanden oder der politische Wille fehlt, frühkindliche Bildung ausreichend und angemessen auszustatten. Das Land leistet lediglich einen fixen Beitrag und überlässt den Rest den Kommunen und Eltern. Ideen im „Bündnis frühkindliche Bildung“ beim Staatsministerium, an dem die GEW Bayern beteiligt ist, gehen immerhin auch in die Richtung, ärmere Kommunen (wie bspw. Nürnberg und andere in Mittelfranken) mit mehr zweckgebundenen Mitteln auszustatten. Das begrüßen wir! Bildung darf nicht von der Postleitzahl abhängen. Wir fordern seit Jahren, dass Bildung kostenfrei für Familien zu sein hat. Kurz gesagt: Wenn wir unser Grundrecht ausüben, um angemessene Gehälter zu erstreiten, muss die Refinanzierung durch den Staat steigen, nicht die Beiträge der Eltern. Eltern angemessen an den Kosten zu beteiligen ist für uns Sache eines

gerechten Steuersystems. Ärmere Kommunen zu entlasten hat etwas mit kommunalem Finanzausgleich oder direkten zweckgebundenen Leistungen an diese zu tun. Dass der Freistaat bei Streiks den Kommunen weiterhin die nicht erbrachten Leistungen bezahlt ist für uns problematisch. Die Kommunen sparen sich Geld durch Streiks und haben wenig Druck. Dadurch wird unsere Durchsetzungskraft systematisch und gezielt geschwächt. Sicher kein Versehen. Zum Glück ist aber der gesamte öffentliche Dienst an unserer Seite und es war uns eine Freude, zu sehen, dass ver.di zusammen mit den Beschäftigten der Deutschen Bahn so ein starkes Signal setzen konnte.

6. Niemandem ist geholfen, wenn Sie die Beschäftigten gegen die Eltern ausspielen und spalten. Eltern, Beschäftigte und Träger müssten vielmehr gemeinsam den Gesetzgeber und die Verwaltung angehen, damit frühkindliche Bildung endlich wertgeschätzt wird.
7. Damit das künftig in Bayern besser gelingt, werden wir bei dieser Landtagswahl fordern, dass auch Bayern einen institutionalisierten Elternbeirat auf Landes- und Kreisebene erhält. Mit klaren Regeln, wer da wen wählt und für wen spricht. Mit Mitteln, Strukturen und Personal. Die Grünen, die FDP und die SPD forderten das schon 2022. Die GEW hat sehr gute Erfahrungen mit professionell arbeitenden Elternbeiräten gemacht und wir sehen eine große Lücke in der politischen Öffentlichkeit.

Wir laden Sie aus all den genannten Gründen gerne zu unserer nächsten Sitzung am 03. Mai ein. Es gibt einiges zu klären. Vor allem weil es ab Mai zu Erzwingungsstreiks kommen kann und wir uns gerne von Ihnen unterstützt sehen würden. Von unseren Mitgliedern im Kita-Bereich bekommen wir die Rückmeldung, dass viele Eltern bereits hinter uns stehen. Lassen Sie uns also gemeinsam der Sache Ihrer Kinder dienen und die richtigen Adressat\*innen gemeinsam angehen. Es erscheint Ihnen vermutlich zu offensiv, wie wir vorgehen, aber wir haben eine enorm lange Erfahrung darin, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten und würden nicht streiken, wenn es Alternativen gäbe.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anna Fryer

Sprecherin der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe Mittelfranken

gez. Mario Schwandt

Stellv. Sprecher der Fachgruppe